

Stadt Heidelberg

Federführung:

Dezernat IV, Amt für Chancengleichheit

Beteiligung:

Betreff:

**Generationenprojekt "Wohnen für Hilfe"
Vergabe eines Zuschusses in Höhe von
52.000 € an die Trägergemeinschaft Caritas,
Diakonie und Studentenwerk**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 10. Juni 2011

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Haupt- und Finanzausschuss	08.06.2011	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, der Trägergemeinschaft zwischen dem Caritasverband Heidelberg e.V., dem Diakonischen Werk Heidelberg und dem Studentenwerk Heidelberg vertreten durch das Diakonische Werk Heidelberg zur Realisierung des Projekts „Wohnen für Hilfe“ für die Haushaltsjahre 2011/2012 einen Zuschuss in Höhe von 52.000,00 € zu gewähren.

Anlage zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Projektbeschreibung mit Finanzierungsplan

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.06.2011

Ergebnis: einstimmig beschlossen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 1	+	Solide Haushaltswirtschaft
QU 6	+	Integration und kulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohnerinnen und Einwohner als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
SOZ 3	+	Solidarität und Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement fördern
DW 4	+	Integration und interkulturelle Handlungsansätze fördern.

Begründung:

Alle oben genannten Ziele dienen den Integrationsbemühungen der Stadt Heidelberg, die zum sozialen Frieden, zum gleichberechtigten und friedlichen Zusammenleben aller Heidelbergerinnen und Heidelberger und zum kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Wohl aller Bürgerinnen und Bürger beitragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Projektbeschreibung:

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ bringt die Generationen zusammen. Während Ältere, Familien und Menschen mit Behinderungen zunehmend Hilfe zur Bewältigung des täglichen Lebens benötigen, suchen die Jüngeren finanzielle Entlastung bei ihrem Studium. An der Universität Heidelberg studieren zurzeit über 4.000 ausländische Studierende. Die Tendenz ist steigend aufgrund der vielschichtigen Angebote der Universität, wobei der Wohnraum für Studierende in Heidelberg schon seit Jahren knapp ist. Insbesondere ausländische Studierende finden – aus den verschiedensten Gründen – keinen Wohnraum und müssen deshalb in den umliegenden Gemeinden (Rhein-Neckar-Kreis) oder sogar in Mannheim Wohnraum anmieten.

Vom Projekt „Wohnen für Hilfe“ profitieren Mieter und Vermieter gleichermaßen und es ist eine gute Alternative zu den bekannten Möglichkeiten am Wohnungsmarkt. Ältere Menschen, die offen für Neues sind und Freude am Kontakt mit jungen Menschen haben, wird die Chance geboten, eigenverantwortlich und selbständig in den eigenen vier Wänden zu wohnen. Familien können bei der Kinderbetreuung entlastet werden und Menschen mit Behinderungen erlangen mehr Mobilität. Studierende werden finanziell entlastet, sammeln Erfahrungen und erlernen soziale Kompetenz für den späteren Beruf.

Die Unterstützerleistungen richten sich nach den Bedürfnissen der Wohnungsgeber/innen aus, z.B. Hilfe im Haushalt, Gartenarbeit, Einkaufen, Tierpflege, Spaziergänge u.v.a.m. Beide Seiten profitieren innerhalb der Wohnpartnerschaft durch ein Geben und Nehmen. Außerdem kann dieses Projekt den bereits ausgereizten Wohnungsmarkt für Studierende durch zusätzliche Wohnangebote entspannen.

Durchgeführt wird das Projekt durch eine Trägergemeinschaft bestehend aus Caritas, Diakonie und Studentenwerk (siehe auch Ziffer 5 der Anlage 1: Aufgaben und Zuständigkeiten), wobei die Stadt Heidelberg hinsichtlich Öffentlichkeitsarbeit und Vertragsgestaltung unterstützend begleitet.

2. Finanzierung:

Der Projektzeitraum ist zunächst für 1.5.2011 - 31.12.2012 geplant. Für diesen Zeitraum fallen voraussichtlich folgende Kosten an (siehe auch Anlage 1: Finanzierungsplan):

Ausgaben	2011	2012	Gesamt
Personalkosten	16.150 €	25.870 €	42.020 €
Kosten der Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Flyer, Plakate)	4.000 €	1.000 €	5.000 €
Schulungskosten Ehrenamtliche	1.000 €	750 €	1.750 €
Supervision Ehrenamtliche	500 €	1.000 €	1.500 €
Miet- und Mietnebenkosten	1.600 €	2.400 €	4.000 €
Investitionsgüter (Möbel, IT, Sonstiges)	6.250 €	0 €	6.250 €
Geringfügige Wirtschaftsgüter	400 €	400 €	800 €
Laufende Geschäftsausgaben	1.800 €	2.270 €	4.070 €
Zwischensumme Ausgaben	31.700 €	33.690 €	65.390 €
Overhead (10% aus Zwischensumme)	3.170 €	3.369 €	6.539 €
Gesamtausgaben	34.870 €	37.059 €	71.929 €

Einnahmen	2011/2012
Zuschuss Stadt Heidelberg	52.000 €
Eigenmittel Trägergemeinschaft (Overhead, anteilig Investitionskosten)	9.929 €
Spenden, Stiftungsmittel	10.000 €
Gesamt Einnahmen	71.929 €

Die Stadt Heidelberg unterstützt dieses Projekt in finanzieller Hinsicht mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 52.000,- € für die beiden Haushaltsjahre 2011 und 2012. Die Zahlung erfolgt anteilig für sieben Monate in 2011 und zwölf Monate in 2012 gemäß der Zuständigkeits- und Bewirtschaftungsordnung für die Haushalts- und Finanzwirtschaft der Stadt Heidelberg „ZBO“. Der Zuschuss dient lediglich der Anschubfinanzierung, eine Bereitstellung städtischer Mittel über das Jahr 2012 hinaus ist derzeit nicht vorgesehen. Eine Evaluation wird durch den Verwendungsnachweis im Rahmen des Bewilligungsbescheids jeweils zum 31.03. des Folgejahres durchgeführt.

Die Mittel stehen im Doppelhaushalt 2011/2012 bereit. Im September 2009 fanden auf dem Kornmarkt zwei Konzerte von André Rieu statt. Die Erlöse der beiden Konzerte sollten für die Unterstützung von Migrationsprojekten in Heidelberg verwendet werden. Sie wurden im März 2010 vereinnahmt und bereits am 17.12.2009 nach § 78 Gemeindeordnung im Gemeinderat angenommen. Der Gemeinderat entschied in seiner Sitzung am 30.09.2010 (Drucksache 0088/2010/IV sowie erste Ergänzung hierzu), die Mittel für zusätzliche Integrationsprojekte zu verwenden.

Das Projekt „Wohnen für Hilfe“ selbst wurde bereits durch eine Informationsvorlage dem Ausschuss für Integration und Chancengleichheit am 11.01.2011, dem Haupt- und Finanzausschuss am 26.02.2011 und dem Gemeinderat am 10.02.2011 zur Kenntnis gegeben (Drucksache 0202/2010/IV).

Damit die Trägergemeinschaft rechtzeitig vor dem Wintersemester 2011/2012 mit der Akquise beginnen kann und auf Grund der bereits den gemeinderätlichen Gremien bekannten Projekthalte, wurde auf eine nochmalige Beteiligung des Ausschusses für Integration und Chancengleichheit verzichtet.

Nach der Hauptsatzung ist der Haupt- und Finanzausschuss bei der vorliegenden Höhe der Zuwendung formal für die Beschlussfassung zuständig.

gezeichnet

Wolfgang Erichson